

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article:

III-167 (ex 17)

Déposée par Monsieur:

Erwin Teufel

Qualité:

Membre

Texte du Praesidium

- (1) Durch Europäische Rahmengesetze können Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftaten und Strafen in Bereichen besonders schwerer Kriminalität mit grenzüberschreitender Dimension festgelegt werden, die aus der Art oder den Auswirkungen dieser Straftaten oder aus einem besonderen Bedürfnis, sie von gemeinsamen Grundlagen ausgehend zu bekämpfen, resultiert.

Derartige Kriminalitätsbereiche sind: Terrorismus, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, illegaler Drogenhandel, illegaler Waffenhandel, Geldwäsche, Korruption, Fälschung von Zahlungsmitteln, Computerkriminalität und organisierte Kriminalität.

Je nach den Entwicklungen der Kriminalität kann der Rat einen Europäischen Beschluss erlassen, in dem andere die Kriterien dieses Absatzes erfüllende Kriminalitätsformen bestimmt werden. Er beschließt einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Amendement proposé

- (1) Durch Europäische Rahmengesetze können Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftaten und Strafen in Bereichen besonders schwerer Kriminalität mit grenzüberschreitender Dimension festgelegt werden, die aus der Art oder den Auswirkungen dieser Straftaten oder aus einem besonderen Bedürfnis, sie von gemeinsamen Grundlagen ausgehend zu bekämpfen, resultiert.

Derartige Kriminalitätsbereiche sind: Terrorismus, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, illegaler Drogenhandel, illegaler Waffenhandel, Geldwäsche, Korruption, Fälschung von Zahlungsmitteln, Computerkriminalität und organisierte Kriminalität.

~~Je nach den Entwicklungen der Kriminalität kann der Rat einen Europäischen Beschluss erlassen, in dem andere die Kriterien dieses Absatzes erfüllende Kriminalitätsformen bestimmt werden. Er beschließt einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.~~

(2) Erweist sich die Angleichung strafrechtlicher Normen als unerlässlich für die wirksame Durchführung der Politik der Union auf einem Gebiet, auf dem Harmonisierungsmaßnahmen erfolgt sind, können durch ein Europäisches Rahmengesetz Mindestvorschriften für die Festlegung von Straftaten und Strafen auf dem betreffenden Gebiet festgelegt werden.

Unbeschadet des Artikels [III-160] wird ein solches Rahmengesetz nach dem gleichen Verfahren wie die in Unterabsatz 1 genannten Harmonisierungsmaßnahmen erlassen.

~~(2) Erweist sich die Angleichung strafrechtlicher Normen als unerlässlich für die wirksame Durchführung der Politik der Union auf einem Gebiet, auf dem Harmonisierungsmaßnahmen erfolgt sind, können durch ein Europäisches Rahmengesetz Mindestvorschriften für die Festlegung von Straftaten und Strafen auf dem betreffenden Gebiet festgelegt werden.~~

~~Unbeschadet des Artikels [III-160] wird ein solches Rahmengesetz nach dem gleichen Verfahren wie die in Unterabsatz 1 genannten Harmonisierungsmaßnahmen erlassen.~~

(3) Der Rat beschließt einstimmig, soweit die Durchführung einer Maßnahme in mindestens einem Mitgliedstaat eine Änderung bestehender gesetzlicher Grundsätze der Strafrechtsordnung erfordert.

Begründung:

Abs. 1

Im traditionell national geprägten, sensiblen Bereich des Strafrechts ist nach derzeitigem Integrationsstand eine Kompetenzerweiterungsklausel im Sinne des Unterabsatzes 3 abzulehnen.

Abs. 2

Aus demselben Grund ist auch eine Annexkompetenz, wie sie Absatz 2 vorsieht, nicht zu befürworten.

Abs. 3

In Kernbereichen des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts sollte weiterhin Einstimmigkeit

gelten. Auch der Bericht der Konventsarbeitsgruppe X hatte anerkannt, dass für Aspekte, welche die ureigensten Aufgaben der Mitgliedstaaten berühren und zum Kernbestand der verschiedenen Rechtstraditionen gehören, weiterhin die Einstimmigkeitsregel gelten soll. Da eine sachgebietsbezogene Abgrenzung der Kernbereiche schwierig erscheint, sollte in Anlehnung an Art. 47 Abs. 2 Satz 2 EG-Vertrag eine formale Ausnahmebestimmung angefügt werden.